

## **Geoökonomische Spannungen treffen die Bauwirtschaft – Ostdeutschland braucht resiliente Rahmenbedingungen**

Die Bauwirtschaft gerät zunehmend unter den Druck geoökonomischer Entwicklungen. Geopolitische Konflikte, protektionistische Handelspolitik und staatlich gesteuerte Industrieeinterventionen wirken sich immer stärker auf Preise, Lieferketten und Investitionsentscheidungen aus, was mit spürbaren Folgen für Bauunternehmen und die Baustoffindustrie in Deutschland einhergeht. Der Bauindustrieverband Ost e. V. greift diese Dynamiken in seinem aktuellen White Paper auf. Die Publikation analysiert, wie sich geoökonomische Verschiebungen auf die Bau- und Baustoffindustrie auswirken, wo die größten Verwundbarkeiten liegen und welche strategischen Konsequenzen sich daraus für Unternehmen ergeben. Zugleich benennt das White Paper konkrete Handlungsfelder, um Resilienz zu stärken, Versorgungssicherheit zu erhöhen und Investitionen verlässlich abzusichern.

Ausgangspunkt sind internationale Krisen wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, stark schwankende Energiepreise sowie neue Handelshemmnisse, etwa durch Zölle oder Exportkontrollen. Für eine rohstoff- und energieintensive Branche wie die Bauwirtschaft haben diese Faktoren direkte Folgen. Strategische Materialien wie Zement, Bitumen oder Stahl unterliegen zunehmenden Versorgungsrisiken, während steigende Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen belasten. Gleichzeitig wächst der politische Druck zur Dekarbonisierung – häufig ohne ausreichende Planungssicherheit oder passgenaue Förderinstrumente.

Besonders betroffen ist die ostdeutsche Bauindustrie. Strukturelle Standortnachteile, eine geringere Kapitalausstattung und eine stärkere Abhängigkeit von internationalen Rohstoff- und Energiemärkten verstärken die Wirkung geoökonomischer Schocks. Das White Paper verweist beispielsweise auf die Versorgungsprobleme rund um die Raffinerie PCK Schwedt, die zu Engpässen bei Bitumen und zu Verzögerungen im Verkehrswegebau in Berlin und Brandenburg geführt haben. Nicht zuletzt zeigen auch der Baustopp beim ABC-Tower in Berlin sowie die gescheiterte Ansiedlung von Intel in Magdeburg, wie unmittelbar geopolitische Rahmenbedingungen Projekte und Standortentscheidungen beeinflussen. Zugleich macht die Ansiedlung von TSMC in Dresden deutlich, dass unter verlässlichen Rahmenbedingungen auch neue Investitionsimpulse und Wertschöpfung entstehen können. Dies veranschaulicht, dass das Fehlen spezifischer politischer Antworten das Risiko von Investitionsrückgängen und einer weiteren Intensivierung regionaler Disparitäten birgt.

Der Bauindustrieverband Ost fordert daher einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, der Resilienz stärkt, ohne den Wettbewerb zu verzerren. Zentrale Ansatzpunkte sind die Diversifizierung von Lieferketten, der Ausbau regionaler Stoffkreisläufe, verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen sowie eine technologieoffene Förderung klimaneutraler Produktionsprozesse. Ebenso entscheidend sind schnellere Genehmigungs- und Vergabeverfahren und eine leistungsfähige, digitale Verwaltung.

*„Die Bauwirtschaft ist für das Wohnen, die Infrastruktur und die Energieversorgung systemrelevant. Wenn geopolitische Risiken zunehmen, muss die Politik diese Realität in ihre Industrie-, Energie- und Außenwirtschaftsstrategien einbeziehen. Sie dürfe nicht erst reagieren, wenn Lieferketten reißen und Preise sprunghaft steigen. Gerade in Ostdeutschland brauchen unsere Unternehmen planbare Energiepreise, eine sichere Versorgung mit strategischen Materialien sowie deutlich schnellere Genehmigungs- und Vergabeverfahren, damit sie investieren, transformieren und wettbewerbsfähig bleiben können“,* betont **Dr. Robert Momberg**, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V.

Das White Paper versteht sich als Beitrag zur politischen Debatte und als Impuls für Bund und Länder, die besonderen Herausforderungen der Bauwirtschaft im globalen Spannungsfeld stärker zu berücksichtigen.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. (BIVO) vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 26. Januar 2026

Weitere Informationen unter [www.bauindustrie-ost.de](http://www.bauindustrie-ost.de)